

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche
Am Sonntag geht es um die Zukunft Baden-Württembergs!



Der Endspurt hat begonnen! Bei den Landtagswahlen am Sonntag geht es um die Zukunft unseres Landes. Jetzt stehen wir alle in der Pflicht, gemeinsam für einen Sieg der CDU zu kämpfen!

Entgegen mancher Schlagzeilen der letzten Tage ist die Landtagswahl noch längst nicht entschieden. Denn immer mehr Wählerinnen und Wähler – Schätzungen liegen bei 15-20% - entscheiden sich erst unmittelbar am Wahltag, für welche Partei sie stimmen. Daher haben wir noch alle Chancen, diese Wahl mit unserem Ministerpräsidenten Stefan Mappus zu gewinnen.

Am Sonntag geht es um eine ganze Fülle von Themen, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in den nächsten fünf Jahren entscheidend sind:

Es geht darum, ob wir weiterhin beim Wirtschaftswachstum Spitze bleiben, ob die Arbeitslosigkeit und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit auch weiterhin die geringste in Deutschland bleibt, ob unsere Universitäten auch weiterhin bei Forschung und Lehre an erster Stelle stehen und ob wir uns in Baden-Württemberg auch weiterhin sicher fühlen können.

Und es geht darum, ob unsere Schulen auch weiterhin allen Kindern beste Bildungschancen ermöglichen. Rot-Grün-Rot will die Einheitsschule und damit Gymnasium, Realschule und Hauptschule abschaffen. Wir wollen aber nicht für alle das Gleiche, sondern für jeden Schüler das Richtige!

Wie Rot-Grün/Grün-Rot munter und gegen die Landesverfassung die Schulden hochtreibt, ist derzeit in NRW zu beobachten. In Baden-Württemberg dagegen wird der Landeshaushalt ab 2014 erneut ohne neue Schulden auskommen. Trotzdem gilt unser Wort: Bei Bildung, Forschung und Infrastruktur gibt es keine Abstriche!

Es steht viel auf dem Spiel und jeder kann in den letzten drei Tagen mithelfen! Sprechen Sie in der Familie, mit Freunden und Bekannten darüber, worum es am Sonntag geht. Oder bieten Sie älteren Nachbarn an, sie ins Wahllokal

zu fahren. Denn am Sonntag kommt es auf jede Stimme an! Helfen Sie mit!

EURO-STABILISIERUNG:

Die Stabilität des Euro hat für Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerste Priorität. Sie stellte dem Deutschen Bundestag an diesem Donnerstag im Rahmen einer Regierungserklärung zum Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 24./25. März in Brüssel das Gesamtpaket zur Sicherung der Währungsunion vor.

Worum geht es?

Der bestehende Euro-Rettungsschirm (EFSF) soll ab 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden. Der ESM wird sich aus einem Kapitalstock und Garantien der Mitgliedsländer zusammensetzen. Die Euro-Länder zahlen 80 Milliarden Euro ein, wovon Deutschland knapp 22 Milliarden Euro beisteuert.

Zu den Kapitalleistungen kommen Garantien über insgesamt 620 Milliarden Euro. Der Fonds kann damit voraussichtlich 500 Milliarden Euro verleihen und erhält das begehrte beste Rating AAA. Der Aufbau des Kapitalstocks soll auf fünf Jahre verteilt werden.

Mit dem ESM werde für den Euro ein tragfähiges Rettungsnetz für den äußersten Notfall geknüpft, sagte Merkel. Die Bundeskanzlerin begründete die Anstrengungen der Bundesregierung für den ESM, indem sie die Bedeutung des Euro hervorhob: „Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land in der Europäischen Union“, betonte sie. Die gemeinsame Währung Sorge für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Deutschland.

Sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen seien die Wirtschafts- und Währungsunion unverzichtbar. Wie wichtig der Euro für die deutsche Wirtschaft ist, machte die Bundeskanzlerin anhand einer bemerkenswerten Zahl deutlich:

In der Zeit von 1999 bis 2009 erhöhten sich die deutschen Exporte in die Euro-Zone um 48 Prozent. Als einen weiteren Garanten für die Stabilität

machte Merkel die unabhängige Europäische Zentralbank aus. Sie gab sich rückblickend davon überzeugt, dass Deutschland deutlich stärker von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden wäre, wenn man nicht die Gemeinschaftswährung gehabt hätte.



Der Euro hat aber auch eine politische Dimension: Er ist laut Merkel Ausdruck der engen Verbundenheit und Verflechtung in der EU. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion bilden eine Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder Einzelne zu Eigenverantwortung und Solidarität verpflichtet sei, sagte die Bundeskanzlerin. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen stellen die Euro-Länder sicher, dass die gemeinsame Währung stark bleibe – und ziehen damit die Lehren aus der Schuldenkrise.

Die Europäische Union baue sich jetzt mit dem ESM ein Rahmenwerk, damit das, was in der Vergangenheit passiert sei, sich nicht wiederholen könne. Die Beschlüsse seien allerdings nur dann wirksam, wenn die Mitgliedstaaten auch bereit seien, sie in der Zukunft auch tatsächlich einzuhalten, hob die Kanzlerin hervor.

Konkret werde es Änderungen geben, wenn die Maastricht-Kriterien von einem Euro-Mitgliedstaat nicht eingehalten werden. Die Überschreitung des Drei-Prozent-Limits für die jährliche Neuverschuldung führe dazu, dass diese Staaten früher und schneller bestraft würden.

Auch die Überschreitung der Gesamtverschuldungsgrenze, die bei 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, werde in Zukunft zu Sanktionen führen können, betonte Merkel. Davon werde auch Deutschland betroffen sein.

Von exorbitanten Schuldenständen einiger Mitgliedsländer gingen große Gefahren für die Stabili-

tät des Euro insgesamt aus, wie die Vergangenheit gezeigt habe, warnte die Kanzlerin. Deshalb sei es notwendig, alle Mitgliedsstaaten zu stärkeren Anstrengungen zu verpflichten.

Gemeinsame europäische Anleihen lehnte Merkel für die Bundesregierung erneut ab. Es werde mit der christlich-liberalen Koalition keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa geben. Wer solche Forderungen erhebe, handle nicht im Interesse der deutschen Steuerzahler. „Es wird also weder regelmäßige noch dauerhafte Transferleistungen geben“, sagte sie.

DIESE WOCHE IM PLENUM:

- Weitere Themen des Europäischen Rats
- AWACS-Einsatz
- Aussetzung der Wehrpflicht
- Einführung des Bundesfreiwilligendienstes

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

NEWS AUS DEM MITARBEITERTEAM:

Gleich drei Anlässe zur Freude gab es dieser Tage im Mitarbeiterteam Thomas Strobls. Frau Brigitte Standke, Büro-Sachbearbeiterin und Besuchergruppenorganisatorin, konnte am gestrigen Donnerstag das Fest der Silberhochzeit begehen und bekam dafür herzliche Glückwünsche ausgesprochen und ein kleines Blumenpräsent überreicht.



Christine Steinbrenner wiederum, studentische Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro, bestand die schriftlichen Prüfungen zum zweiten juristischen Staatsexamen und ist nun auf dem besten Wege zur Volljuristin (der mit der Ablegung der mündlichen Prüfungen im April auch formal sein Ende findet). Zu diesem großartigen Erfolg gratulierte Thomas Strobl Frau Steinbrenner herzlich.



(Christine Steinbrenner)

Des Weiteren konnte der direkt gewählte Heilbronner CDU-Abgeordnete eine neue Mitarbeiterin im Berliner Büro begrüßen. Es handelt sich um Frau Judita Janicinova aus der Slowakei. Die Doktorandin im Fachbereich Internationale Beziehungen und Rechtswissenschaften nahm Mitte März ihre Arbeit auf, die im Rahmen des alljährlichen Internationalen-Parlaments-Stipendienprogramms (IPS) abläuft und bis Juli dauern wird. Neben der Büro-Routine beinhaltet dieses Programm ein reichhaltiges Lern- und Reisepensum und dient dem Zweck, ausländischen Nachwuchseliten die Funktionsweise der deutschen Politik in Bund, Ländern und Kommunen, vor allem aber im Bundestag, zu verdeutlichen.



(Judita Janicinova)

„Frau Janicinova hat erstklassige Referenzen und einen enormen Fleiß, der mich sehr beeindruckt. Sie ist auch menschlich ein echter Gewinn für mein Arbeiterteam. Ich freue mich auf die dreieinhalbmonatige Zusammenarbeit“, sagte Thomas Strobl, der voraussichtlich im Juni Frau Janicinova auch in seinem Wahlkreis empfangen wird.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl:

Zumeldung zur dpa-Meldung von 12.11 Uhr: „Wahlkampf 2.0 im Südwesten“ (24.03.2011)

Zum Schlusspurt im Wahlkampf erklärt Thomas Strobl, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg:

„Wir kämpfen bis zum Sonntag, 18 Uhr, um jede einzelne Stimme - schließlich ist es ein knappes Rennen zwischen den beiden politischen Lagern und es geht um viel für Baden-Württemberg.

Dabei setzt die CDU nicht nur auf den Straßenwahlkampf, sondern selbstverständlich auch aufs Internet. Mit 5.000 begeisterten Besuchern sind wir gestern in Ludwigsburg ins Finale gestartet - und jetzt läuft unsere 100-Stunden-Aktion. Bis zum Wahltag beantwortet das 100-Stunden-Team vor allem auch im Web 2.0, bei Facebook, Fragen der Bürgerinnen und Bürger.“

Mehr im Internet unter www.cdu-bw.de/100stunden.

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132